



FreibÄrger

Freibergs alternative Zeitung

Inhalt

Preis: 1/2 EURO

Nummer 47

Dezember/Januar 2006

Seite 1-3

Polizei und Nazischläger
SS-Mörder in Freiberg

Seite 4

SWG am Ende?
Christian Heinrich Spieß

Seite 5

Fest der Kulturen

Seite 6-7

Rechte Gewalt
Plausch mit Nazis
Zivilcourage?

Seite 8-9

Angriff auf die Armen
Widersprüche Hartz IV

TU zufrieden

Seite 10

Buchbesprechungen

Seite 11-12

Tootsies&Boggle

Editorial

Rechte Gewalt gehört schon fast zum allwöchentlichen Event im Landkreis Freiberg. Die Polizei scheint überfordert oder ist nicht richtig im Bilde. Dass auch eher Rechte von rechter Gewalt betroffen sind, ist in Freiberg nicht neu. Noch sitzen die "Folterer" der Tschaikowski Straße ihre Haft ab. Bei einigen scheint der Gefängnisaufenthalt nicht viel zu nützen. Nicht weniger kriminell scheint die Energie jener zu sein, die mit Immobilientricksereien dem Normalbürger die Steuergelder aus der Tasche ziehen. Die Kosten des Friedeburg-Deals werden dafür sorgen, dass lange Zeit keine städtischen Mittel für Jugendpolitik, Töpferkurse, Ampelanlagen usw. ausgeben werden können. Auch wenn jetzt die Weihnachtszeit begonnen hat: nicht alle Geschäfte verlaufen friedlich. In dem Sinne, ein besseres 2006 für unsere Leser(innen)!

Die Redaktion des FbÄ

Droht neuer Polizeiskandal ?



[fbÄ] „Einbruch in Laden auf dem Schlossplatz...Mehrere Tausend Euro Schaden haben Unbekannte...Diebe verwüsten Landratsamt ...Durch Einbruch und Vandalismus: Bis zu 50.000 Euro Sachschaden befürchtet“ titelte die „Freie Presse“ und vermutete im Fall des Landratsamts einen „bandenmäßig organisierten Einbruch“. Seit Oktober haben bisher nicht gefasste Einbrecher in Freiberg zugelangt. Beim Einbruch in das Finanzamt Ende November war blanke Zerstörungswut am Werk. Es fehlte weder Geld noch irgendeine Computertechnik, die dort reichlich vorhanden ist, wie eine Beschäftigte gegenüber dem

FreibÄrger erklärte. Die Polizei gibt bei Nachfrage wenig Antwort und verweist auf die Pressestelle in Chemnitz, die aber erst noch recherchieren muss. Ausgerechnet der Inhaber vom Waffenshop am Schlossplatz, Tobias Schneider, dessen Verkauf von Nazi-Utensilien schon Gegenstand eines Artikels im FreibÄrger war, erhebt nun schwere Vorwürfe gegenüber den Ermittlungsmethoden der Polizei und präsentiert für den Einbruch in seinen Laden die stadtbekanntesten Nazischläger Sven Lange und Marcel Sauer als Tatverdächtige. Die Namen Lange und Sauer fallen auch immer, wenn es an Wochenenden zu Übergriffen rechter Jugendlicher auf Andersdenkende kommt. Oft kommt die um Hilfe gerufene Polizei zu spät und die verletzten Opfer stellen keine Strafanzeigen. FreibÄrger dokumentiert im folgenden ein Gespräch mit dem Inhaber vom Waffenshop am Schlossplatz.

Begegnungen



BEGEGNUNGEN

Bildband *
08. Montag der Definition von deutschem Faschismus

Mark Mühlhaus
alternativ fotografier

Lesung am 26.01. im Antik-Cafe, 19.00 Uhr

Mark Mühlhaus einziger Auftritt in Sachsen. Mark berichtet mit umfangreichem Bild-Material über seine Begegnungen mit Zeitzeugen im 60. Gedenkjahr!



Sven Lange beim Nazi-Aufmarsch in Chemnitz (oben, Mitte)

Nazischläger gefährden die öffentliche Sicherheit

Gespräch mit Tobias Schneider, Inhaber von waffen army shoes in Chemnitz und Freiberg

freibÄrger: Herr Schneider, wir treffen uns heute mit Ihnen, weil Sie – wie wir gehört haben – mit einem na ja, halboffenen Brief an den Landrat herangetreten sind, in dem Sie sich zusammen mit dem Landrat und anderen Gastronomen als Opfer zweier stadtbekannter Nazischläger und ihrer „Bande“ bezeichnen. Können Sie die Vorwürfe gegen die beiden Herrn, Sauer und Lange, noch einmal wiederholen?

Herr Schneider: Langer und Sauer sind für mich die zwei Tatverdächtigen bei dem Einbruch in meinem Geschäft im Oktober.

freibÄrger: Das ist Ihre persönliche Meinung?

Herr Schneider: Ja!

freibÄrger: Ein großer Vorwurf geht auch an die Polizei und deren Ermittlungsmethoden! Was werfen Sie der Polizei konkret vor?

Herr Schneider: Das Hauptproblem sehe ich darin, dass die Polizei versucht die Taten, die in Freiburg stattgefunden haben, alle als Einzeltaten zu werten und damit werden diese Taten ermittlungstechnisch auf dem niedrigsten Niveau gehalten. In meinen Augen gibt es hier eine Reihe von Einbrüchen in Freiberg, die alle nach demselben Tatschema verlaufen sind, sodass sich für mich eine Serie ergibt. Und aus dieser Serie heraus hätte die Polizei die Möglichkeit, intensivere Maßnahmen durchzuführen. Was sie aber aus meiner Sicht nicht will oder nicht kann. Das kann ich so nicht einschätzen. Meine persönliche Wertung ist, dass man das nicht will.

freibÄrger: Haben Sie mit leitenden Polizeibeamten in Freiberg gesprochen?

Herr Schneider: Genau! Ich habe dazu mit dem Herrn Steinbach und mit den ermittelnden Beamten ein Gespräch geführt. Dort sind wir eben an den beiden Positionen gescheitert, dass die Polizei diese Einbrüche als Einzelfälle sieht, während ich einen Zusammenhang zwischen verschiedenen Einbrüchen erkenne. Darauf habe ich der Polizei erklärt, dass ich damit nicht einverstanden bin und dass aus der Tätergruppe heraus ich eine allgemeine Gefahr für alle sehe.

freibÄrger: Sehen Sie auch eine Gefahr für sich selbst?

Herr Schneider: Ja sicher! Zum Beispiel am letzten Wochenende war ich Zeuge wie der Herr Sauer und der Herr Lange den Inhaber des Imbisses am Ostbahnhof, Herrn Butter, angegriffen haben. Da war ich Original dabei.



Am 19. November protestierten AntifaschistInnen auf dem Obermarkt gegen den "Nazi-Laden" waffen army shoes. Die BürgerInnen wurden auf Flyern über die Verkaufspraktiken von Tobias Schneider informiert. Im Gespräch mit dem FreibÄrger macht Schneider keinen Hehl aus seiner politischen Einstellung und verteidigte seine Geschäfte.

freibÄrger: Was erwarten Sie von dem „offenen Brief“, der an die Stadtverwaltung, den Landrat, den Chef der Freiburger Kripo und an die PDS-Abgeordnete, Frau Altmann, ging?

Herr Schneider: Das erste, was ich erwarte, dass man hier die Gefahr erkennt, die aus der Tätergruppe heraus vorhanden ist. Dieser Brief ist ja vor vierzehn Tagen geschrieben worden mit derselben Maßgabe, dass ich eine Gefahr für jeden sehe, der gegen die Interessen dieser Gruppe handelt und der Überfall auf den Herrn Butter zeigt mir, wie Recht ich damit hatte. Es war nur ein Zufall, wirklich nur ein Zufall, dass es keinen ernstesten Personenschaden gegeben hat.

freibÄrger: Können Sie das Interesse dieser Gruppe noch einmal erläutern?

Herr Schneider: Die Interessen dieser Gruppe sind auf keinen Fall als nazistisch zu sehen. Das sind einfach Gewalttäter, die sich gegen jeden richten. Es wäre meiner Meinung nach falsch zu sagen, dass das Nazis sind. Wenn man das will und sich Mühe gibt, kann man sie dem rechten Spektrum zuordnen.

freibÄrger: Deren ganzes Handeln spielt aber im rechten Umfeld: Teilnahme an Nazi-Aufmärschen und verschiedenen NaziRock-Konzerten usw.. Warum haben Sie den Brief nicht an die „Freie Presse“ geschickt und an

die Abgeordneten Raatz (SPD) oder Teubner (CDU)?

Herr Schneider: Weil ich da persönlich der Meinung bin, dass es außer der PDS keine politische Gruppierung in diesem Land gibt, die in der Lage wäre, die Probleme einigermaßen zu lösen. Das letzte Regierungsergebnis zeigt eigentlich, dass nur ein Verrat stattgefunden hat, SPD und CDU alle nur um ihre Posten besorgt sind. Die einzigen, die sich wirklich Mühe geben und was leisten, das ist die PDS.

freibÄrger: Was uns bei Ihnen sehr verwundert ist die Tatsache, dass Sie rechtsradikale Jugendliche mit einschlägigem Outfit versorgen und jetzt darüber erstaunt sind, dass sich diese immer gewaltbereiten Neonazis auch gegen Sie selbst richten?

Herr Schneider: Es sind Leute, die aus einer reinen Beschaffungskriminalität, Überfälle tätigen und nicht aus einer politischen Motivation heraus. Da es keine Rechten sind, sondern Leute, die kriminell sind, eben aus der Beschaffung heraus das gemacht haben, bin ich Opfer gewesen. Als Hintergrund muss man noch wissen, dass Sven Lange Stammkunde bei mir gewesen ist.

freibÄrger: Eben! Wir spitzen das noch mal zu: Sie bedienen sich einer Security bei der nach unseren Informationen Personen beschäftigt sind, die einen abgründigen

Hass gegen Menschen pflegen, die sie gemeinhin als „Zecken“ bezeichnen! Wie passt das zusammen, wenn Sie jetzt gegen rechte Schläger mobil machen?

Herr Schneider: Was die Leute von der Security nach außen hin machen. Das ist nicht mein Problem! Es sind aber Leute, die einzigen Leute, die hier in Freiberg so viel Courage haben, sich dieser Tätergruppe um Sven Lange und Marcel Sauer entgegen zu stellen. Sonst gibt es niemanden, der nur einigermaßen Mut hätte, dagegen etwas zu machen. Die Reaktion auf meine Anfragen haben mir gezeigt, dass nicht nur der Otto Normalverbraucher keinen Mut hat, sondern auch die Behörden nicht.

freibÄrger: Wir vermuten sogar, dass – wenn die von Ihnen Beschuldigten tatsächlich für die Taten infrage kommen, dass die sich in ihrem Laden erst einmal ausgerüstet haben.

Herr Schneider: In der ganzen Anlage des Einbruchs ist deutlich zu erkennen, dass es sich um Beschaffungskriminalität handelt. Das heißt die gestohlene Ware wird weiter verhökert. Meine Ware ist Preis intensiv und lässt sich in der Szene gut umsetzen und die Leute haben guten Kontakt in der Szene.

freibÄrger: Welche Kontakte?

Herr Schneider: Die sind Gegenstand von laufenden Ermittlungen!

freibÄrger: Was wurde denn bei Ihnen gestohlen?

Herr Schneider: Thor Steinar, Alpha Industries, keltischer Schmuck, Piercing - Schmuck.

freibÄrger: War der Einbruch organisiert?

Herr Schneider: Insider! Eine meiner Angestellten hat mit geholfen.

freibÄrger: Die letzte Frage: Könnten Sie sich vorstellen, dass Sie mal einen Laden führen, in dem Sie keine Thor Steinar Sachen verkaufen?

Herr Schneider: Könnte ich auch! Die Begründung ist ganz einfach, dass ich eine Branchennische suchen muss oder gesucht habe. Weil die normalen Waren oder Label im Prinzip durch Filialisten vertrieben werden. Da hätte ich keine Chance.

freibÄrger: Könnten Sie sich auch persönlich von der rechten Szene distanzieren?

Herr Schneider: Ich distanziere mich von jedem, der kriminell wird, ob rechts oder links. Wenn man als „Nazi“ beschimpft wird, weil man sagt, dass man stolz ist, ein Deutscher zu sein, empfinde ich das als schlimm. Ich stehe dazu, ich bin stolz ein Deutscher zu sein. Wir haben Bismarck gehabt, wir haben den deutschen Kaiser gehabt. Letztendlich bin ich Kaufmann und es gibt ein deutsches Recht, an das ich mich halte.

SS-Mörder lebt in Freiberg



[pzhf] „Es war eine relativ kurze Mission. Sie dauerte drei oder vier Stunden. Die Menschen wurden vor der Kirche zusammengetrieben und dann erschossen, anschließend wurden ihre Leichen verbrannt.“ Mit diesen Worten erklärte der ehemalige SS-Unterscharführer Alfred Mathias Concina (86) dem ermittelnden Staatsanwalt das Massaker an 560 Bewohner(innen) des norditalienischen Dorfes St' Anna di Stazzema, die am 12. August 1944 von 300 Angehörigen der 16. Panzergrenadier-Division „Reichsführer SS“ unter dem Vorwand der Partisanenbekämpfung ermordet wurden. Unter den Opfern waren 120 Kinder, Frauen und ältere Menschen. Das Massaker an der Zivilbevölkerung von St' Anna steht stellvertretend für 250 Ortschaften, in denen die nach dem Reichsführer SS, Heinrich Himmler, benannte Division über 2.000 Zivilist(inn)en ermordete. Nicht nur in Italien, sondern in ganz Westeuropa übten Wehrmacht, SS- und Polizeitruppen Massaker an der Zivilbevölkerung. Ortsnamen wie Sant' Anna di Stazzema, Marzabotto, Vallucchiole (Italien), Oradour-sur-Glane (Frankreich), Kragujevac (Serbien), Distomo, Kommenco (Griechenland) zeugen von einer beispiellosen Politik der verbrannten Erde wie sie von den Nazis bereits gegen Polen und die Sowjetunion praktiziert wurde. Bis heute wurde kaum ein

Täter zur Rechenschaft gezogen. Alfred Mathias Concina lebt unbehelligt in einem Seniorenheim in Freiberg. In Italien wurde er mit neun weiteren ehemaligen SS-Angehörigen am 22. Juni 2005 vom Militärgericht La Spezia wegen der Beteiligung an den Morden in St' Anna zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Über sieben Stunden hatten die Überlebenden des Massakers von St' Anna di Stazzema auf die Urteile am Mittwoch, den 22. Juni 2005, gewartet. Um 19.40 Uhr verlas der Präsident des Militärgerichts von La Spezia die Urteile: Gerhard Sommer, schuldig der Beteiligung am fortgesetzten Mord, begangen mit besonderer Grausamkeit. Die Strafe: lebenslänglich. Das gleiche Urteil, die gleiche Strafe für Alfred Schöneberg, Ludwig Heinrich Sonntag, Alfred Concina, Karl Gropler, Horst Richter, Ludwig Göring, Werner Bruss, Georg Rauch und Heinrich Schendel. Das Urteil von La Spezia kann Alfred Concina und seinen Mordkameraden nichts anhaben, da die Bundesrepublik sie nicht nach Italien ausliefert. 61 Jahre nach dem Massaker von Santa' Anna di Stazzema verweigert die Staatsanwaltschaft Stuttgart den Überlebenden immer noch die Einsicht in die Ermittlungsakten. Concina lebt im „Haus Johanna Rau“ mit 140 anderen SeniorInnen. Das Heim gehört zu der 1993 gegründeten „Seniorenheime Freiberg gGmbH“, deren Gesellschafter die Stadt Freiberg (75%) und das Diakonische Werk der Ev.-Luth. Landeskirche im Kirchenbezirk Freiberg e.V. (25%) sind. Die „FreibÄrger Jugendinitiative Buntes Leben“ ruft am 22.12 zu einer Mahnwache am „Haus Johanna Rau“ auf. Beginn 17.00 Uhr. Die Jugendinitiative schließt sich einer Kampagne an, die schon in Hamburg im November vor dem Altenheim demonstrierte, in dem der Anführer des Massakers, der ehemalige SS-Offizier Gerhard Sommer lebt. Ziel der Aktion ist öffentlichen Druck auf die BRD-Behörden zu machen, damit die SS-Mörder auch in der Bundesrepublik für ihre Verbrechen bestraft werden.

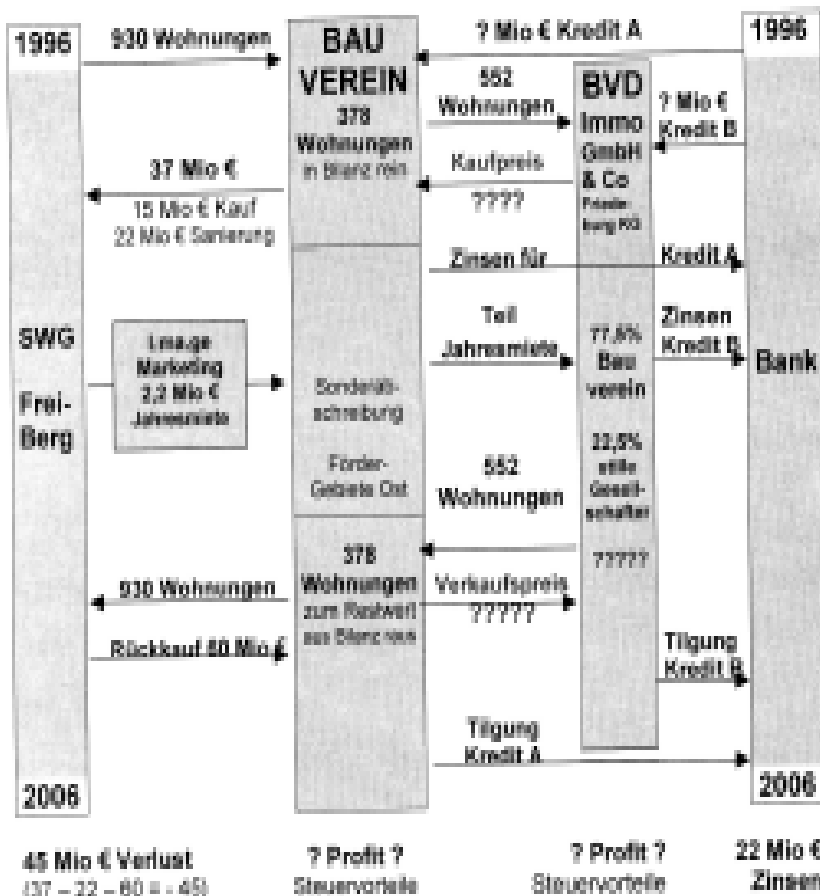
Wer verdient an der Pleite der SWG ?

[fbÄ] Zu den vielen Partnerschaften, die das Leben so mit sich bringt, zählen auch die Geschäfts- und Städtepartnerschaft. Beide Formen der Partnerschaft betreiben die Städte Freiberg und Darmstadt exzessiv. Vor neun Jahren beschlossen die beiden Städte ein ordentliches Geschäft zwischen ihren jeweiligen Wohnungsbau-gesellschaften abzuschliessen - zum Wohle beider Städte, könnte man meinen. Der Bauverein Darmstadt hat in der Tat 930 Wohnungen gekauft und der Freiburger SWG dafür 37 Mio • bezahlt, von denen 22 Mio • für die Sanierung verwendet wurden. Die SWG hat auch ordentlich und brav die jährliche Generalmiete von 2,2 Mio • bezahlt. Der Bauverein jedoch hat nur 378 der 930 Wohnungen behalten, die restlichen 552 hat er an die BVD Immobilien GmbH & CO Friedeburg KG (BVD Immo) weiterverkauft. Man muß sich das in Form eines geschlossenen Immobilien-

fonds vorstellen. Der Verkaufspreis vom Bauverein an die BVD Immo ist nicht bekannt. Vertraglich hat sich der Bauverein verpflichtet, die 552 Wohnungen im Jahr 2006 wieder zurückzukaufen – für einen fest vereinbarten Preis, der auch nicht bekannt ist. Von den beim Bauverein verbliebenen Wohnungen wollte man in den 10 Jahren zwischen 1996 und 2006 möglichst viele an die Mieter oder private Investoren verkaufen. Die restlichen würden dann 2006 zusammen mit den von der BVD Immo zurückgekauften 552 Wohnungen wieder an die SWG verkauft werden – zu dem bereits im Jahr 1996 fest vereinbarten Preis von 60 Mio •. Die Darmstädter Fraktion UWIGA, die sich im Rahmen des Darmstädter Abwasserskandals profiliert hat und eher als konservativ-liberal einzuschätzen ist, sich aber nicht so recht durch CDU/FDP vertreten fühlt,

hat umfangreiche Materialien erstellt, mit der die Mitglieder des Darmstädter Stadtrats vor einem unüberlegten Abschluss im Streit um die Friedeburg-Immobilien gewarnt werden. Die hier abgedruckte Skizze zum Friedeburg-Deal zeichnet den Verlauf des Geschäfts zwischen Freiberg und Darmstadt nach. Die spannendste Frage, die sich aus dem dargebotenen Material, was der Redaktion des "FreibÄrger" vorliegt und auf Anfrage über die Mail-Adresse an Interessierte Freiburger(innen) geschickt wird, bleibt: Wer in Darmstadt und in Freiberg sind die stillen Teilhaber, die sozusagen als „Bauherren“ am stillen Beteiligungsmodell partizipiert und abgesehen haben? Darauf erwarten wir zumindest von der linken Opposition im Freiburger Stadtrat bald eine Aufklärung!

Tatsächliche Transaktionen von 1996/1997



Christian Heinrich Spieß Gesellschaft

Im Anschluss an die vom FreibÄrger veranstaltete verspäteten Feier zum 250. Geburtstag von Christian Heinrich Spieß haben sich Interessent(innen) für die Gründung einer Christian Heinrich Spieß Gesellschaft getroffen. Wer Interesse an Mitarbeit hat, kann sich über die Adresse des FreibÄrger an die Spieß-Gesellschaft wenden. Im Frühjahr ist eine gemeinsame Fahrt zum Sterbeort des Freiburger Schauspielers und Schriftstellers geplant.



Fest der Kulturen - 2005

[fbÄ] Zum Auftakt des diesjährigen "Fest(es) der Kulturen" sprach der Ausländerbeauftragte des Landkreises Freiberg, Dr. Johannes Kretzer. Er rief dazu auf, die Unterschriftensammlung von „Pro Asyl“ zu unterstützen. Der Verein setzt sich für das Bleiberecht von Flüchtlingen ein. So leben laut der Organisation rund 50.000 Kinder und Jugendliche in Deutschland, die ohne gesichertes Aufenthaltsrecht keine Aussicht auf eine berufliche Ausbildung haben. Nach weiteren kurzen Grußworten folgte eine Darbietung vom Chor „Nadjeshda“. Weitere Beiträge kamen von Wiebke Wilms mit ihrem Schleiertanz, Vera Olenikow und Sergej Ponamorew mit

ihrer Mambo-Darbietung und von der Trommelgruppe aus dem Pi-Haus mit afrikanischen Klängen. Michael Eaton trat im Schottenrock auf und blies den Dudelsack. Stephan Lange aus dem Scholl-Gymnasium und Steffen Judersleben präsentierten Eindrücke eines zehntägigen Aufenthalts mit Schülern und Schülerinnen des Scholl-Gymnasiums, die eine Schülerpartnerschaft in Nepal aufbauen. Das bunte gemischte Programm fand am 19. November in den Räumen der „Alten Mensa“ statt. Eingeladen hatten zahlreiche Organisationen wie der "Arbeitskreis Ausländer und Asyl", der "Arbeitskreis Ausländische Studierende" des Studentenrates der Bergakademie, der "Nadeshda-

Hoffnung-Verein", der Verein "Freiberger Agenda 21" u.a... Neben Ständen wie der von "Schule ohne Rassismus" vom Rühle-Gymnasium gab es auch eine Malwand sowie eine Schminkstation für Kinder, die von diesen Angeboten lebhaft Gebrauch nahmen. Bei aller Betonung der "Nationen-Vielfalt" gefällt die Veranstaltung auch dadurch, dass sich die unterschiedlichsten Menschen auch näher kommen und miteinander kommunizieren können. Nicht wenig dazu beigetragen hat das dargebotene Buffet mit Mengen von überleckeren kulinarischen Köstlichkeiten. Bleibt die Frage, warum solche Zusammenkünfte nicht häufiger organisiert werden.



Rechte Gewalt im Landkreis Freiberg

[nick] In der letzten Zeit häufen sich wieder die Übergriffe rechtsgerichteter Cliquen auf vereinzelt Jugendliche, die nicht einem rechtsradikalen Weltbild entsprechen. Die Vorfälle ereigneten sich in Freiberg im Anschluss an Veranstaltungen im Tivoli. Dort ist vor allem in den frühen Morgenstunden Vorsicht angesagt. Des Weiteren kam es zu mehreren Überfällen in Brand-Erbisdorf und in Lichtenberg. Am Abend des 11. November kam es zu einem gewalttätigen Übergriff von ca. 13 Nazis, darunter auch fünf weibliche Personen, auf Jugendliche, die einen Jugendklub in Lichtenberg betreiben. Gegen 23.00 Uhr betraten die Nazis den Club, in dem sich nur wenige Menschen aufhielten, da zur

gleichen Zeit in der Turnhalle ca. 5 km entfernt eine Faschingveranstaltung stattfand und der Großteil der üblichen Club-Besucher dort verweilte. Dadurch waren beim Erscheinen der Gewalttäter nur Thomas K. (Name von der Redaktion geändert) und drei seiner Freunde anwesend. Die Jung-Nazis verhielten sich anfangs ruhig, spielten Darts und tranken Bier. Als der Club gegen 24.00 Uhr geschlossen werden sollte, kam es zu ersten Auseinandersetzungen außerhalb des Jugendklubs. Martin S. (Name von der Redaktion geändert) wurde tödlich angegriffen und verletzt. Daraufhin sind die Jungnazis wieder in den gerade im Schließen befindlichen Jugendklub zurück gelaufen. Innerhalb des Jugendklubs kam es zu

weiteren Provokationen gegen die dazugestoßenen Klubbetreiber. Weitere fünf bis sechs Personen wurden tödlich angegriffen und mit Tritten und Schlägen, auch mit Schlagringen, gegen den Kopf traktiert. Nachdem die Polizei informiert wurde und noch mehr ansässige Jugendliche als Verstärkung von der Faschingsveranstaltung zum Jugendklub eilten, zogen sich die Jungnazis zurück. Die Polizei brauchte eine halbe Stunde bis sie vor Ort war, so dass die Angreifer verschwinden konnten. Unter den Jungnazis befand sich eine ca. 19jährige Person, die auf den Namen "MC" hört, ein Typ, der sich mit "Knobi" ansprechen ließ und Stefan K. aus Weißenborn.

Auf'm Plausch mit Nazis?

[anc] Einige Jugendliche staunten nicht schlecht als sie bei der Abschlussveranstaltung zur Bundestagswahl der Linkspartei.PDS auf dem Obermarkt Kreisvorständler der PDS und der WASG sowie den DKP-Kandidaten für den Landtag im munteren Plausch mit dem Neonazi Daniel Braun und seiner Kameradin sahen. Nicht wenige von den jugendlichen ErstwählerInnen wären auch gerne mal von den Herren Parteifunktionären angesprochen worden. Aber dafür war

wohl keine Zeit. Es ist unerklärlich warum den Neonazis Gehör verschafft wurde, die noch einige Wochen vorher WahlkämpferInnen der Linkspartei.PDS bei der Polizei wegen Nötigung und Beleidigung anzeigten, weil die sich mit den PDS-Shirts "Nazis raus aus den Köpfen" vor dem Nazi-Wahlkampfstand aufgestellt hatten. Gipfel der Begegnung war der Versuch die Nazis mit den Worten anzusprechen "jetzt lassen wir mal die Politik beiseite" und ein warmer Hän-

dedruck zum Abschied. Ein solches Verhalten trifft besonders die Menschen, die in den letzten Wochen und Monaten von Neonazis willkürlich tödlich angegriffen wurden, weil sie zufällig zur falschen Zeit am falschen Ort waren. Solange Neonazis an ihrer Menschenverachtenden Ideologie festhalten, kann es keine gemeinsame Kommunikation geben.



Daniel Braun filmt die Antifa bei einer Aktion vor der Eröffnung des neuen Kreistags im August 2004. Sein Kamerad neben ihm zeigte bei der Wahlkampfabschlussveranstaltung der NPJ zur Bundestagswahl 2005 in Riesa dem Kamerateam des WDR vor laufender Kamera den Hitlergruß. Der Beitrag "Lauter nette Leute" läuft zur Zeit im Fernsehen.



Daniel Braun mit dem bundesweit bekannten NPD-Funktionär Sascha Wagner auf einer NPD-Wahlkundgebung auf dem Freiburger Obermarkt

Antisemiten in Prag



Bekannte Holocaust-Leugner wie David Irving, Germar Rudolf, Siegfried Verbeke und Ernst Zündel sind zur Zeit inhaftiert. Anlässlich des Prozessbeginns gegen Zündel demonstrierten tschechische Faschisten am 28. Oktober vor der Deutschen Botschaft in Prag für die Erlaubnis die Verbrechen an Juden zu leugnen.

Antifa-Ratschlag

Der zweite „Antifaschistische Ratschlag“ wird am 28. Januar 2006 in der „Kulturscheune“ in Sörnwitz (zwischen Meißen und Coswig) stattfinden. Neben einem Einführungsvortrag zum Thema „Soziale Frage und NPD“ (Dr. Ralf Ptak angefragt) sollen Workshops zu verschiedenen Themen (u.a. Hilfe für Opfer rechter Gewalt, 60 Jahre Nürnberger Prozesse, Nazis und Schule, Burschenschaften und Totalitarismuskonstruktion) stattfinden. Interessenten können sich über die Mail-Adresse vom FreibÄrger anmelden.

Ist das noch Zivilcourage?

Kritische Anmerkungen zur Aktion Zivilcourage Pirna

[Henryk Neugebauer & Paul Harnisch] „Gegründet haben wir uns Anfang 1999 aufgrund erschreckend hoher Wahlergebnisse rechter Parteien im Landkreis Sächsische Schweiz und einer zunehmenden Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen. ... Besonders wichtig ist die Betreuung von Opfern rechter Gewalt. Wir begleiten und beraten sie beim Gang zur Polizei und anderen Behörden und vermitteln bei Bedarf spezifische Ansprechpartner.“ Bei Bedarf sagen Mitglieder der Aktion Zivilcourage Pirna aber auch mal die Namen von linken Jugendlichen beim Staatsschutz, wenn es die Bürgerpflicht verlangt. Im Mai 2005 stürzten Nazis den „Markt der Kulturen“ in Pirna. Etwa 70 von ihnen bahnten sich den Weg durch das Publikum, schubsten, traten, schlugen,... Viele Besucherinnen waren verängstigt doch einige junge Menschen machten ihrem Unmut auch Luft. Dabei wurde eine Flasche in Richtung der Nazis geworfen, die schon die Bühne besetzt hatten und so ungehindert die Veranstaltung störten. Die Flasche zersprang auf der Bühne ohne Schaden anzurichten. Ein der Mitglieder der Aktion Zivilcourage sprang ans Mikro und schimpfte über den Flaschenwurf. Gemeinsam mit Zivilbeamten der Polizei wurde der „Störer“ gesucht, während die Nazis weiter auf der Bühne standen und mit einem Transparent „Linker Hetze entgegen treten“ provozierten. Fünf Monate waren vergangen und der „Markt der Kulturen“ schien fast vergessen. Doch dann bekam ein junger Mann aus Pirna Post von der Polizei. Ein unbekannter „Ermittler“ der Aktion Zivilcourage hatte in schnüfflerischer Feinarbeit den Namen einer Person herausgefunden, die er für den Flaschenwerfer hielt. Dies löste größtes Unverständnis bei verschiedenen Gruppen aus. Auf Nachfrage bestätigte die Aktion Zivilcourage den Verdacht und stellte sich als Gruppe hinter ihr Mitglied. Nun steht ein junger Mensch im Verdacht eine versuchte Körperverletzung begangen zu haben, mit allen Folgen einer polizeilichen Vorladung zur

ED-Behandlung und kann sich zu den Vorwürfen der „Zivilcouragierten“ nicht öffentlich äußern.

Doch das ist noch nicht alles: So störte es Sven Forkert von der Aktion Zivilcourage nicht, dass er in Reinhardtsdorf-Schöna gemeinsam mit Mitgliedern der NPD die Nationalhymne sang - ganz im Gegenteil, er fand dies lustig. Auf Nachfrage bestätigte er „die gleiche Luft [wie die NPD-Vertreter d. Verf.] in der Mehrzweckhalle geatmet“ zu haben.

Ein anderes Mitglied der Aktion Zivilcourage, Marcel U., zeichnet verantwortlich für die Internetseite www.sturm-geweih.de, auf der direkte Links zu Nazibands wie „death in june“ oder „blut-harsch“ vorhanden sind. Die „Aktion Zivilcourage“ sollte sich doch einmal genau überlegen, ob sie nicht schon weit entfernt von ihren eigentlichen Zielen ist oder diese nie richtig Ernst genommen hat.

Interkulturelles Cafe



Clement bläst zum Angriff auf Erwerbslose

[Guido Grüner] Oktober '05: Die Kosten fürs Alg II „explodieren“ auf 26 Mrd. Euro - Missbrauch durch ‚Hartz IVer‘ sprengt den Bundeshaushalt. Noch-Superminister Clement stimmte bereits vor den Verhandlungen um die große Koalition auf Bundesebene den Ton an, der in der neuen Regierungsperiode die Musik bestimmen soll: Hatz auf Erwerbslose und zu Hungerlöhnen

den Legislaturperiode sind gestellt. Unterschlagen wird bei dieser "Ach wie teuer ist Alg II-Propaganda" nur, dass im Bundeshaushalt fürs Alg II von vornherein der völlig unzureichende Betrag von 14 Mrd. Euro angesetzt wurde - um den Bundeshaushalt bewilligungsfähig zu halten, wie der damalige Minister CLEMENT selbst in den Verhandlungen des Jahres 2004 mit dem Städtetag eingestand (vgl.

deren näherem oder weiterem Umfeld werden Daten erhoben, teils mit Mitteln (z.B. Zwangsgelddrohungen gegen Vermieter), die im Bereich von Rechtsbeugung und Nötigung Unbeteiligter durch Behördenmitarbeiter liegen dürften. Der Erfolg bei der „Verfolgung von Leistungsmissbrauch“ heiligt anscheinend jedes Mittel - oder Erwerbslosen darf scheinbar jedes Recht und jede Würde geraubt werden. Ergebnis sind Einschüchterung und Verzweiflung vieler Erwerbsloser, die sich nicht organisiert zu wehren wissen - das müssen auch wir am quer-Telefon erfahren und wird wohl jede unabhängige Beratungsstelle bestätigen können. Auf wie schwankendem Boden sich diese Einschüchterungsstrategen der Ämter tatsächlich bewegen, finden Erwerbslose heraus, die sich kollektiv zur Wehr setzen, Ämterbegleitung absprechen, Hausbesuche ver- oder behindern oder einen Austausch über den Alltag und die vielfältigen Möglichkeiten zur Gegenwehr Erwerbsloser unter Hartz IV organisieren. In ganz vielen Fällen reichte nur ein bißchen organisierte Gegenwehr, ein wenig Mut im Alltag, um die Leute aus dem Amt aus dem Konzept und in die Defensive zu bringen. So Erfahrungen aus dem Oldenburger Arbeitslosenzentrum, die sicher nicht nur dort gemacht werden. Auch vor Gerichten gab es an verschiedenen Stellen Erfolge (vgl. neuere Urteile). Zu wünschen wäre, dass sich noch mehr Leute zur Gegenwehr zusammenschließen und ihre Erfahrungen weitertragen. Denn die Verfolgung von ‚Hartz IVern‘ soll jetzt erst richtig beginnen, wo

- die Welle der Erstbeantragung von Alg II zum Jahresende 2004 abgearbeitet wurde und trotz breiter Proteste seitens des politischen Establishments größerer Flurschaden durch Zugeständnisse (z.B. Kindervermögensfreibetrag, erster Auszahltermin, Kindesunterhalt als Abzugsbetrag vom Einkommen) und eine massive Mediensteuerung gegen die Proteste vermieden wurde,



Beschäftigte. Deutlicher kann er nicht zeigen, dass es unter der großen Koalition um so mehr darum gehen wird, die Erwerbslosen politisch-öffentlich selbst für ihre Arbeitslosigkeit und die der Gesellschaft daraus erwachsenden Probleme verantwortlich zu machen. Nun ist es offiziell: HARTZ IV wird im Jahr 2005 rund 26 Mrd Euro kosten statt der "geplanten" 14 Mrd. Euro. Hinzu kommen noch die für Ein-Euro-Jobs und Verwaltung benötigten Milliardenbeträge. Schuld an den „Kostensteigerungen“ seien „üppige Zuschläge“ für die Leistungsbeziehenden und „großzügige Anspruchsvoraussetzungen“ (FAZ, 10.10.05). Der Grund der Finanzprobleme sei mithin, dass Erwerbslosen unter ‚Hartz IV ein Leben in "Saus und Braus" gestattet wird - so zumindest die weit verbreitete Politikerbotschaft. Niemand sollte übersehen: Die Weichen für die "Reformen von oben" in der kommen-

quer, 1/2005, S. 3). Nicht „Tarnkappen-Einkommen“ und „Phantom-Wohnungen“ sind Grund für das, was jetzt als „Mehrausgaben“ gehandelt wird, sondern ein nach Politikerkalkül niedrig angesetzter Haushaltsposten. Aber diese ‚Mehrkosten‘ werden in einem sehr günstigen Augenblick bekannt (gemacht). Denn so langsam entwickelt das von Kommunen, Post und Arbeitsämtern bereitgestellte Alg II-Personal, diese wild zusammengewürfelten Belegschaften der Hartz IV-Ämter, so etwas wie ‚Arbeitsfähigkeit‘. Diese soll nun genutzt werden zu verstärkten Kontrollen und Schikanen gegen Leistungsbeziehende. Allenthalben erleben Erwerbslose, wie die Ermittlungsdienste der Alg II-Behörden immer rabiatere werden auf der Suche nach dem "Leistungsmissbrauch". Nicht nur der Ton in den Alg II-Ämtern ist oft unerträglich. Flächendeckend wird in Wohnungen von Leistungsbeziehenden eingedrungen, in

• die Alg II-Behörden ins Laufen kommen und viele Erwerbslose, völlig naiv und unvorbereitet in Hartz IV reingestolpert, in durchgängig sinnlosen Ein-Euro-Jobs ihre Zeit vertun oder ihr schlechtes Gewissen beruhigen, statt sich zur Gegenwehr zusammenzuschließen oder aber

• wie viele andere! zur gleichen Zeit! - völlig vereinzelt mit bloßem Überlebenskampf beschäftigt sind. Derweil basteln die Berliner Regierungseliten an den nächsten Schritten zur Neuorganisation der gesellschaftlichen Verwaltung und Kontrolle der Massenerwerbslosigkeit.

Weitere Schritte in der Dezentralisierung der Armenverwaltung

Clement will die Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten des Alg II kündigen. Dazu will er die von Bundestag und -rat geschaffene Regelung kippen, wonach der Bund den Kommunen 29,1 Prozent bzw. 3,2 Milliarden Euro der Alg II-Miet- und Heizkosten erstattet. Die Senkung der Alg II-Regelleistungen ist auch bereits im Gespräch. Im Ergebnis bleiben die Kommunen diejenigen, die finanziell und politisch den Kopf dafür herhalten sollen, dass Bundespolitik u.a. durch massive Einschnitte bei der Arbeitslosenversicherung immer mehr Massen- und Dauerarbeitslosigkeit (mit daraus resultierenden Kosten beim Alg II!) produziert. Wiewohl quer an die versprochene Entlastung der Kommunen durch die "Hartz IV-Reform" um 2,5 Mrd Euro nie glauben wollte - (und schon gar nicht an die so zu schaffende "zusätzliche Kinderbetreuung"), verdient CLEMENTS Angriff doch Beachtung. Denn dieser ist ein weiterer Schritt dahin, die gesamtgesellschaftliche Verantwortung (hier konkret die des Bundes) auf politisch "untergeordnete" Ebenen abzuschieben. So wollen die politischen und administrativen Eliten der BRD das von ihnen als letztlich unlösbar angesehene Problem der Massenarbeitslosigkeit und -armut in kleinere Zellen staatlicher und politischer Organisation entsorgen, auch um es der öffentlichen Aufmerksamkeit zu entziehen. Der Rest soll dann Sache der

Polizei, Jugend- und Straffälligenhilfe, nicht zuletzt privater Mildtätigkeit sein. Wer es sich leisten kann, soll seine Rettung bei der privaten Versicherungswirtschaft (ver-)suchen. Diesem politischen Mainstream entgegen stellen sich bundesweite Zusammenschlüsse wie das "Aktionsbündnis Sozialproteste" und die Versammlung der Sozialen Bewegungen" (www.die-soziale-bewegung.de). Diese leben von lokal arbeitenden Gruppen wie auch von der möglichst breiten Beteiligung an der konkreten Erarbeitung und Verbreitung von Wissen über die Möglichkeiten und Chancen von Gegenwehr. Hier will ich besonders für die Kampagne der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfe und Erwerbsloseninitiativen „Vorsicht-Alg II“ werben. Unter [«http:// www.alg-2.info/»](http://www.alg-2.info/) finden sich aktuelle Nachrichten, Vorlagen für zahlreiche Informations-Flugblätter zu wesentlichen Teilbereichen des Alg II, der „Vorsicht! Arbeitslosengeld II“ Newsletter. Dort darf auch der Aufruf zur Mitarbeit nicht fehlen, z.B. durch Information über die Praktiken der Ämter vor Ort, über dienstliche Weisungen, erstrittene Urteile und erfolgreiche Widersprüche wie auch Aktionen und vieles mehr. Neben Geld- und Materialspenden gibt es einen besonderen Spendenbedarf: Ihre oder Deine Zeit. Mitarbeit ist immer erwünscht. bei Bereitschaft werden sich sicherlich Möglichkeiten finden lassen. Über Anfragen und Ideen freut sich Cars-ten Senger (senger@bag-shi.de), telefonisch zu erreichen unter (069) 26 95 68 94, Dienstag bis Donnerstag von 11 bis 16 Uhr. Ein leicht überarbeiteter Abdruck aus der quer - überregionale und unabhängige Zeitschrift für Erwerbslose (2005), Nr. 4, S. 3-4.

Anschrift (auch für Abos!): quer, Postfach 1363 in 26003 Oldenburg



Widersprüche gegen Hartz-IV-Bescheide

[fbÄ] In der zuständigen Arbeitsgemeinschaft (Arge) des Landkreises sind über 2000 Widersprüche zu Hartz-IV-Bescheiden anhängig. Die Betroffenen gehen in den Widerspruch, weil sie mit der Anrechnung von Einkommen nicht einverstanden sind. Oftmals wird die Anrechnung des Kindergeldes nicht zufriedenstellend durchgeführt. Ebenso wollen einige Betroffene die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Bescheide prüfen lassen. Mängel werden auch bei der Berechnung von Vermögen, mit Mehrbedarfszuschlägen oder der Kostenübernahme zu Miete und Heizung gerügt. Viele Betroffene bekommen zum Teil gar kein Geld und haben auch keine Krankenversicherung. Ein Drittel Einspruch Einleger(innen) haben inzwischen Recht bekommen. Etliche Betroffene haben Klage beim Sozialgericht in Chemnitz eingereicht. Aus den ursprünglich angenommen 7.500 Bedarfsgemeinschaften wurden inzwischen 15.000.

An der TU sind alle zufrieden

Mit 4800 Studenten und Studentinnen hat die inzwischen 240 Jahre alte Bergakademie Freiberg einen neuen Rekord an Einschreibungen erreicht. 30 Prozent der Studierenden haben sich für eine mathematisch-naturwissenschaftliche, weitere 30 Prozent für eine wirtschaftswissenschaftliche und 40 Prozent für eine ingenieurwissenschaftliche Richtung entschieden. Weitere favorisierte Fächer sind Chemie, Verfahrenstechnik und Fahrzeugbau. Wie eine in der Studentenzeitung "Wühlmaus" veröffentlichte Umfrage zeigt, sind die meisten Studierenden mit ihrem Studienort Freiberg zufrieden. Sie wünschen sich ein besseres Kulturprogramm, vielfältigeres Warenangebot in den Kaufhäusern und bessere Möglichkeiten für die Fahrradnutzung.

Ein Yankee an König Artus' Hof

[mad] Der Irrsinn kennt keine Grenzen, nicht erst seit heute. Es gilt ihm jeden Tag aufs Neue entgegenzutreten. Ein Buch, das den dazu nötigen Durchblick liefert ist von Mark Twain und heißt: "Ein Yankee an König Artus' Hof". Hank Morgan, gelangt aus dem 19. Jahrhundert ins 6., verliert auf den ersten Seiten beinahe sein Leben, entkommt aber, partizipiert am Hofstaat von König Artus und träumt von einer gerechten Welt. Was nach einer seichten Klamotte klingt, entpuppt sich als wunderbar komisch geschriebene bitterböse Satire. Twains Stil fällt zum Glück nur geringfügig aus dem gewohnten Rahmen, so dass die in Form eines Reiseberichts präsentierte Geschichte trotz ihres Alters von 116 Jahren noch immer vergleichsweise gut lesbar ist. Wahrscheinlich war Twain auch von Zeitgenossen umgeben, die ein Bild vom geordne-

ten Leben im Mittelalter herbei halluzinierten, in dem alle im Einklang mit der Natur lebten und die Welt ach so einfach und übersichtlich war. Im krassen Kontrast dazu zeichnet Twain ein Bild, das die höfischen Rituale, die Gralsjagd sowie die Mystik der Tafelrunde als lächerlichen Blödsinn darstellt. Gleichzeitig beschreibt er das unvorstellbare Elend derjenigen, die den Reichtum der Oberschicht durch ihre Arbeit erst ermöglichten. Ohne erhobenen Zeigefinger verdeutlicht er, dass Reichtum Elend produziert. Darüber hinaus wird aus diesem im Buch immer wieder thematisierten Gegensatz bei gleich bleibender humoristischer Erzählweise klar, dass das abgehobene Leben der Tafelrundler im Angesicht der dadurch verursachten krassen Zustände nicht nur bloß lächerlich, sondern ein Verbrechen ist. Durch seine der Aufklärung verbundenen Denkweise holt Twain den Hokusokus der Mittelalterverherrlichung, für den

die Tafelrundenmystik stellvertretend steht, auf den Boden der Tatsachen zurück. Durch das Zurechtrücken der Perspektive ergibt sich folgendes Bild: die fragliche Zeit war eben nicht voll edler Ritterlichkeit, sondern für den Großteil der Menschen eine ziemlich unerträgliche Epoche. Twains Motivation für diesen frontalen Angriff fußt in der tiefen Überzeugung, dass Menschen frei geboren werden. Er ist kein utopischer Sozialist, sondern glaubt an den technischen Fortschritt, an das Wachstum der Wirtschaft, was automatisch Freiheit bringen wird. An dieser Stelle offenbart sich die größte Schwachstelle der Geschichte. Dennoch: wer nach Schwachsinnsgedröhn im Stil von "Herr der Ringe 1,2,3,..." das Gefühl hat, die Leute haben nicht mehr alle Tassen im Schrank, ist bei diesem Buch an der richtigen Adresse.

Völkische Bande

[cb-r] „Die nunmehr 200-jährige Kontinuität völkisch-faschistischer Ideologien und Ideologeme muss die nachhaltige, widerständige und aktuelle Analyse herausfordern - in theoretischer, aber auch in praktischpolitischer Absicht“ formulieren die Herausgeber ihren Anspruch in ihrem Klappentext. Herausgekommen ist ein Sammelband der unterschiedlichen AutorInnen mit verschiedenen Ansätzen zum Thema „Analyse rechter Ideologie“ zusammenführt wie Martin Dietzsch, Roger Griffin, Heiko Kauffmann, Helmut Kellershohn, Ute Kurzbein, Kurt Lenk, Stefanie Mayer, Marei Pelzer, Ulrich Prehn, Volker Weiß und Moshe Zuckermann. Die meisten von ihnen arbeiten im Umfeld des „Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung“ (DISS), das seit 18 Jahren auch zum Bereich Rechtsradikalismus forscht und publiziert. Mit dem Sammelband wird eine neuere Faschismusforschung vorgestellt, die den Blick dafür schärft, wie sich völkisch-faschistisches Denken heute transformiert hat, wie es sich auf

Heiko Kauffmann, Helmut Kellershohn,
Jobst Paul (Hg.)

Völkische Bande
 Dekadenz und Wiedergeburt –
 Analysen rechter Ideologie



verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen etablieren und Politik und Denken vereinbaren kann. Im vorliegenden Band schlagen die Autorinnen den Bogen von der generischen Faschismustheorie über ein-

gehende Einzelanalysen und Fallstudien bis zu Aspekten einer europäischen Lager-Mentalität, die sich 'rechten' Visionen öffnet. Die Beiträge sind nicht immer leicht verständlich, problematisch sind auch Bezüge auf Autoren, denen enge Kontakte zu "rechtsextremen" Zirkeln wie der "Jungen Freiheit" oder dem "Ostpreußenblatt" bekannt sind wie im Fall des Chemnitzer Historikers Frank-Lothar Kroll. Ebenso unscharf ist die Distanz zur "Totalismustheorie", deren überwiegend konservative Apologeten den Faschismus und Nationalsozialismus nicht ohne Hinweise auf die Gefährlichkeit des Kommunismus erforschen und erklären können. Insgesamt ist der Band sehr empfehlenswert, weil er den neuesten Forschungsstand reflektiert.

Völkische Bande. Dekadenz und Wiedergeburt – Analysen rechter Ideologie, Edition des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung, Münster: Unrast Verlag, 254 S., ISBN 3-89771-737-9, 18.00 Euro

Die Tootsies

Christmas on the Road!

"Es begab sich aber zu der Zeit als... " begann Mama-Tootsie mit der üblichen Weihnachtsgeschichte als sie von Little-Tootsie mit dem Satz "Mama, lass den Schmu! Die Geschichte kenne ich schon!" unterbrochen wurde. Justament kam Punk-Tootsie in den Bauwagen, der gelegentlich die feste Wohnung ersetzte. "Ey", ich habe wieder stories aus Freiberg gehört, die glaubt mir keiner!" "Ach was", erwiderte Mama-Tootsie mit einem Hauch von Zärtlichkeit, "wir glauben dir immer. Du bist sooo ehrlich!" Sie machten es sich in dem gut beheizten Bauwagen gemütlich, Little-Tootsie sog mit einem Naturstrohhalm den Apfelsaft aus einem Keramik-Becher, Mama-Tootsie drehte die letzten Krümel einer Graspflanze zu einer gelungenen Rauchware und Punk-Tootsie begann seine Weihnachtsgeschichte, in der er sich auf den Knecht Ruprecht als die wahre Lichtgestalt aller festlichen Auftritte zu Weihnachten konzentrierte. In seinen Augen war der Knecht der einzige, der mit der Abstrafung der weltlichen Sünder und Sünderinnen für Ordnung sorgen konnte. "Wen würde er wohl in diesem Jahr aufsuchen in dem Silizium silbernen Freiberg?" begann er Zungen schnalzend seine Erzählung. "Vielleicht die Oberbürgermeisterin, weil sie ihre japanisch Lektion nicht brav genug gelernt hat?

Man verabschiedet sich bei seinen japanischen Gästen nicht mit einem einfachen Glückauf! Ihrem Vorgänger Volker Nieheinz wird es schlechter ergehen. Die Informanten von Ruprecht - messerscharf und jede Stasi und jeden VS überrtreffend - wozu benötigt mensch schon CIA-Flugzeuge, hatten ihm berichtet, dass der böse Volker ein übler Dealer sei, der mit der Droge Wohnungen Silbertaler nach Freiberg gescheffelt habe und das ganze pazifistisch als Friede - burg-Deal verpackt habe. Nun zahlen die braven BürgerInnen aus Freiberg mit Euros und wofür? Die SWG, ihre städtische Wohnungsbaugesellschaft, wird bald in den Konkurs gehen. Frau OB oder ihr Nachfolger der Beuter oder Mutzner werden eine neue Gesellschaft gründen. Wenn nicht Geld, so ist immer noch genug Silber vorhanden. Armer Ruprecht! Was macht er bei der Polizei: er wird ihnen Tatüttatas aus Schokolade hinstellen lassen, damit sie schneller und nüchterner zur Lage Beurteilung kommen und Kommissar Katzenhai und seine Freundin Monika Tigerente, die sich täglich über Lappalien streiten, wird er Rosen auf den Weg streuen genauso wie den Hackfressen, die immer noch Hass auf Ausländer säen und kleine Kinder verprügeln. Ach was, ein Jahr Alkoholverbot für ganz Freiberg, das wird die

gerechte Strafe für alle sein. Konsumbeschränkung: Nix mit Mon Cheri oder Weinbrand Pralinen, nicht mal Plaster-Rosen aus Sebnitz und der Waffenhändler vom Schlossplatz, der wird in eine neue Schießbude eingeschlossen, damit SPD-Ratz ihr Auto direkt am freudensteinschen Schloss abstellen kann, wenn sie mit dem Genossen Finanzchef B. einen Heben geht. Wird er ihr wieder aus der Deutschen Militärzeitung vorlesen? Im Brauhof lauscht der Knecht aller Weihnachtsmänner dem Chef der Brauhaus AG. Herr Essfinger legt vor seinen Freunden vom Rotary-Club mit vertriebenem Blick sein Glaubensbekenntnis ab: "Von England lernen heißt Deutschland retten." Hier stockte Punk-Tootsie etwas und die inzwischen unruhig gewordene Little-Tootsie sprang auf. "Ich spiel draußen weiter!" Sie hüpfte aus dem Bauwagen und Mama-Tootsie und die inzwischen hinzugekommenen Bella-Tootsie und Tui-Tootsie mahnten Punk-Tootsie, seine Geschichte fortzusetzen. "Nu! In England", fuhr Punk-Tootsie fort, "saufen sich nach Meldung des "Guardian" immer mehr Menschen zu Tode und helfen so mit, das Sozialgefüge funktionstüchtig zu erhalten. Das muss auch Brauhaus-Essfinger gefallen haben und selbst der sonst zurückhaltende Tivoli-Bäuring stimmte mit starkem Kopfnicken zu. Schließlich verkauft er neben Bier noch Branntwein zum halben Preis an junge und jüngste Heranwachsende. Es geht beim Alkohol nicht nur um Krankheiten wie Leberzirrhose, Hepatitis und Alkoholvergiftung und die immer schamhaft kleingeredete Rolle des Alkohols bei ehelichen Streitigkeiten, Fußball-Hooliganismus, Messerstechereien, von tödlichen Unfällen am Montagmorgen in den Fabriken und auf den Autobahnen mal abgesehen. Die Politik räsionierte Essfinger, mit seiner rechten Hand auf ein Fass Premium trommelnd, insbesondere die neue Kanzlerin Angelus Fames und ihr Sozium, der Brückstein haben eine Kosten-Nutzenrechnung erstellt, der ich nur applaudieren kann. Er fing tatsächlich an zu klatschen und der gesamte Rotary-Club stimmte die



Nationalhymne an: Glückauf.... Die neue Regierung steht für eine Dialektische-Reform (Dia-Ref), die sich auf Erkenntnisse des Früh-Kapitalismus bezieht. Früher haben arbeitsscheue Elemente in den Alkohol flüchten können. Renten- und Pensionskassen sowie die Krankenversicherungen blieben auf diese Weise liquide. Vor dem Brauhoof demonstrierte inzwischen der erfahrene Sozialist Funke. Er hatte in seiner Klassiker Ausgabe in frühen Jahren den Satz von Engels rot unterstrichen: Die Arbeiter in England haben die Revolution versoffen. Im Brauhoof lief Bier-Essfinger zu absoluter Hochform auf: Wenn ich Deutschland bin, wird die Polizeistunde aufgehoben. Es muss wieder gesoffen werden: 24 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche. Das erspart uns Milliarden an Renten und Pensionen. Das Problem des Gesundheitswesens und der Krankenversicherung ist bald aus der Welt, werden Tabak-, Schnaps- und Biersteuern gesenkt, statt erhöht. Bei den Worten musste sich Knecht Ruprecht sittenwidrig übergeben. "Ist doch alles Pudding!" unterbrach Tui-Tootsie den im Erzählrausch taumelnden Punk-Tootsie. "Ihr scheiß Punks sauft doch Rucksackweise Sternie und das gehört zum Pudding-Imperium. Jeder Schluck macht die Back-Typen reicher und uns ärmer!" Punk-Tootsie war beleidigt und hätte gerne die Rute von Knecht Ruprecht, um Tui-Tootsie abzustrafen. Als am Morgen des 7. Dezember Kommissar Katzenhai über die Burgstraße nach Hause wankte, traute er seinen Augen nicht. Am frisch gewachsenen Freiburger Rathaus - eine Einmal-Aktion des "Sauberen Freibergs" - war in blutroter Lackspur der Spruch "Pudding statt Bier" zu lesen. Katzenhai wäre fast von zwei Pennern umgelaufen worden, die sich gerade zuraunten: "Alles Oetker oder wat!" Katzenhai grüßte die erzgebirgische Weihnachtstanne und verschwand im Grau des Alltags.



Rätsel- Eckchen



Was steckt so alles d'rin?

L	U	T	E
E	S	T	Z
R	T	I	R
A	C	H	B

Boggle für alle

Mensch suche mindestens 4-buchstabile Wörter [nach oben keine Grenze]. Die Buchstaben müssen (benachbart) miteinander verbunden sein. Ein Buchstabe darf in einem Wort nicht zweimal benutzt werden. Eigennamen, geografische Begriffe, Abkürzungen - müssen leider draussen bleiben. Es geht alles, was im Rechtschreibduden gefunden wird. Wer die meisten Wörter-Punkte erzielt (4 Buchstaben- 1 Punkt, 5 Buchstaben- 2 Punkte, usw.), der/die erhält einen Gutschein für einen Brunch im Antik-Cafe in der Waisenhausstraße und darf einmal richtig gut schlemmen! Das Boggle aus Nr. 45 gewannen **Silke Eppendorfer** aus Brand-Erbisdorf und **Steffen Richter** aus Pirna. Herzlichen Glückwunsch, viel Spaß beim Brunch und allzeit "Gut Boggle!"



Übereinstimmungen mit realexistierenden Personen und tatsächlichen Begebenheiten sind rein zufällig und nicht beabsichtigt. H.P.

Impressum V.i.S.d.P.: Andreas Koch, Freiberg **Anschrift der Redaktion:** FreibÄrger, Haus der Demokratie, Bebelplatz 3, 09599 Freiberg **e-mail:** freibaerger@gmx.net **Internet:** www.freibaerger.de **Druck & Verlag:** Eigendruck und Selbstverlag **Satz & Layout:** Katmatray, Freiberg **Erscheinungsweise:** zweimonatlich **Hinweise:** Bildrechte bei FbÄ-Archiv! Dieses Projekt erwirtschaftet keine Gewinne. **UnterstützerInnen:** Arbeitskreis Ausländer und Asyl Freiberg e.V., Linke StudentInnen Gruppe, Arbeitslosenzeitung "Quer", Bürgerinitiative "Kein Nazizentrum in Gränitz und auch nicht anderswo!", Einzelpersonen aus Brand-Erbisdorf, Eppendorf, Freiberg, Kleinschirma, Langenau, Tuttendorf und Zug.